

Herr Hubert Macke
Herr Martin Schlarmann

Vertreter: Gisbert Dödtmann
Vertreterin: Kristina Stuntebeck

Sodann wird folgende Tagesordnung behandelt:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die 1. Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Sozialausschusses am 23.11.2006
5. Zuschüsse für Jugendwerkstätten
6. Zuschüsse an die Gymnasien in kirchlicher Trägerschaft
7. Haushaltsplan 2007
8. Genehmigung über- bzw. außerplanmäßiger Ausgaben 2006

- - - - -

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Franz-Josef Schumacher eröffnet die Sitzung um 16.03 Uhr.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende Franz-Josef Schumacher stellt fest, dass die Ladung ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgt und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

3. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird unverändert festgestellt.

4. Genehmigung der Niederschrift über die 1. Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Sozialausschusses am 23.11.2006

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

5. Zuschüsse für Jugendwerkstätten

Erster Kreisrat Herbert Winkel ergänzt zur übersandten Beschlussvorlage 006/2006, dass verschiedene Träger Jugendwerkstätten eingerichtet haben, um Jugendlichen, die an anderer Stelle keine Arbeit finden, gerade zu Beginn ihres Lebens mit praktischen Maßnahmen begleitend und fördernd zur Seite zu stehen.

Der Landkreis hat in der Vergangenheit einen jährlichen Zuschuss zum Defizit gegeben, dieses jedoch nicht abgedeckt. Derzeit geht es nur um die Beratung des Zuschusses für das Jahr 2006, da für 2007 noch nicht die weitere Entwicklung geklärt ist.

Der Pauschalzuschuss von 35.000 € soll im Verhältnis der Arbeitsplätze im Jahre 2006 verteilt werden. Dieses ist auch mit den beteiligten Jugendwerkstätten so abgestimmt. Der Betrag ist bereits im Haushalt 2006 bereitgestellt.

Nach kurzer Diskussion beschließt der Ausschuss einstimmig:

„Dem Kreistag wird empfohlen, den Jugendwerkstätten aufgeteilt nach den genehmigten Arbeitsplatzzahlen für das Haushaltsjahr 2006 zur Deckung des Haushaltsdefizits 2005 einen Zuschuss in Höhe von 35.000,00 € zu gewähren.“

6. Zuschüsse an die Gymnasien in kirchlicher Trägerschaft

Erster Kreisrat Herbert Winkel weist auf den gültigen Beschluss des Kreistages hin, wonach der Landkreis den Gymnasien in kirchlicher Trägerschaft einen jährlichen Zuschuss von 500,00 € pro Schüler aus dem Landkreis Vechta zahlt. Daneben wird den Gymnasien vom Gastschulgeld, welches der Landkreis Diepholz für die Schüler aus dem Twistringer Raum an den Landkreis Vechta leistet, anteilig ein weiterer Betrag gezahlt. Der Landkreis Diepholz hat in Twistringen nunmehr selber ein Gymnasium errichtet, so dass diese Schülerzahl in den nächsten Jahren stark zurückgehen wird. Infolge dessen sinken auch die Gastschulgelder des Landkreises Diepholz. Ab dem Schuljahr 2007/2008 werden kaum noch Schüler aus Twistringen an Vechtaer Gymnasien unterrichtet werden, so dass diese anteilmäßige Weitergabe des Gastschulgeldes zukünftig entfallen wird. Die entsprechenden Beträge sind im Haushalt 2006 und 2007 veranschlagt.

Einstimmig beschließt der Ausschuss nach kurzer Aussprache:

„Dem Kreistag wird vorgeschlagen, den kirchlichen Gymnasien in Vechta für das Schuljahr 2006/2007 einen einmaligen Zuschuss pro Schüler aus dem Landkreis Diepholz, bezogen auf das vom Landkreis Diepholz zu zahlende Gastschulgeld, zu gewähren.“

7. Haushaltsplan 2007

Zur Vorbereitung auf die heutige Sitzung ist den Ausschussmitgliedern der Entwurf des Haushaltsplanes 2007 übersandt worden. Auf der Basis der Eckdaten sowie einer reduzierten Kreisumlage von 45 Punkten ist der Haushalt aufgestellt worden. Trotz Senkung der Kreisumlage kann ein Haushaltsausgleich erreicht werden, da die Einnahmen aus dem Finanzausgleich aufgrund der guten Steuerentwicklung um rd. 400.000 € höher erwartet werden wie ursprünglich angenommen. Ferner ist aufgrund der diesjährigen Nachzahlung des Landes für den Wegfall des Wohngeldes auch bereits für 2007 mit höheren Einnahmen in Höhe von 400.000 € kalkuliert worden.

Im Ergebnis schließt der Verwaltungshaushalt mit 120.794.100 € und der Vermögenshaushalt mit 12.511.800 € ab. Kreditaufnahmen sind in Höhe von 3,7 Mio. € vorgesehen bei einer Tilgung von 1,865 Mio. €. Es wird eine „freie Spitze“ von rd. 0,29 Mio. € erwirtschaftet.

Im Folgenden schließt sich eine Beratung der einzelnen Haushaltsansätze mit Erläuterungen an.

KTA Matthias Windhaus bedauert, dass bezogen auf das Vorjahr die nach Abzug der Mindereinnahmen aus dem Finanzausgleich verbleibenden Mehreinnahmen der Kreisumlage durch Einnahmeverluste an anderer Stelle wieder verloren gehen (BlmSchG, Bußgelder, etc.). Er sieht die Haushaltssituation der Städte und Gemeinden nicht so positiv, so dass es überlegenswert sei, die Kreisumlage um 2 Punkte zu senken, damit diesen mehr Geld für Investitionen bzw. Schuldentilgung verbleibe. Bei einer machbaren Einsparung von 0,8 % im Verwaltungshaushalt ist diese Reduzierung nach seiner Einschätzung finanzierbar. Er stellt daher den Antrag auf Senkung der Kreisumlage um 2 Punkte.

KTA Roland Krapp und KTA Dr. Stephan Siemer widersprechen der Sichtweise von KTA Matthias Windhaus. Den Städten und Gemeinden geht es überwiegend gut. Oberstes und langfristiges Ziel muss die Schuldenreduzierung des Landkreises sein. KTA Hubert Pille äußert seine Hoffnung auf eine weitere positive Entwicklung. Solange die Kreditaufnahme über der Schuldentilgung liegt, sollten Gelder auch zur Konsolidierung verwandt werden. Eine Senkung um 1 Punkt ist daher ausreichend.

KTA Johannes Klostermann trägt vor, dass trotz eines Anstieges des Kreisumlageaufkommens in den vergangenen Jahren die Verschuldung von 30 auf über 45 Mio. € gestiegen ist. Bedingt ist dieses u.a. durch die durchgeführten notwendigen Schulbaumaßnahmen. Oberstes Ziel muss jetzt die Senkung der Verschuldung sein, da auch die Städte und Gemeinden dadurch langfristig entlastet werden könnten (geringere Zinslasten im Verwaltungshaushalt). Eine Reduzierung der Kreisumlage um 2 Punkte hält er daher nicht für günstig.

KTA Jürgen Hillen macht deutlich, dass unterm Strich alle Einnahmen vom Bürger kommen. Demzufolge ist man aufgerufen, sorgfältig mit den Geldern umzugehen. Ansonsten macht er auf die Ausgleichswirkung des Landkreises aufmerksam, wo-

nach der Landkreis einzelnen Kommunen durch „Zuschüsse“ hilft.

Landrat Albert Focke ergänzt, dass „wir mit den Gemeinden in einem Boot sitzen“. Auch bei 46 Punkten Kreisumlage wären viele Gemeinden noch in der Lage gewesen, ihre Schulden zu tilgen. Beim Landkreis hingegen ist in den letzten 8 Jahren die Verschuldung kontinuierlich angestiegen, wenn auch bei einem niedrigem Zinsniveau. Die Senkung um 1 Punkt sei zzt. noch vertretbar.

KTA Bernard Echtermann warnt vor einer allzu euphorischen Stimmung, da nicht gewährleistet ist, dass die Kommunen auch im nächsten Jahr so gut dastehen. Die Folge könnte sein, dass dann bereits wieder eine Erhöhung der Kreisumlage notwendig werde. Er ruft dazu auf, alle Haushaltsansätze nach Einsparmöglichkeiten zu untersuchen.

KTA Kristina Stuntebeck merkt an, dass die Kommunen bereits vor Verkündung der Senkung der Kreisumlage erklärt hätten, die Leistungen nach dem TAG zu übernehmen, welche ansonsten Aufgabe des Landkreises gewesen wären. Insofern hält sie es für legitim, hierfür eine weitere Senkung vorzunehmen.

Landrat Albert Focke erläutert hierzu, dass die Kommunen einen besseren Bezug zu Familien haben und eine Übertragung daher sinnvoll ist, zumal auch die Kosten bei den Kommunen besser unter Kontrolle zu halten wären wegen der örtlichen Nähe.

Sodann wird über den Antrag von KTA Matthias Windhaus abgestimmt. Bei 2 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung wird der Antrag auf Senkung der Kreisumlage um 2 Punkte und damit Festsetzung auf 44 Punkte mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend beschließt der Ausschuss mit Stimmenmehrheit bei 3 Gegenstimmen und einer Enthaltung:

„Dem Kreistag wird empfohlen zu beschließen:
Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2007 wird genehmigt und die Haushaltssatzung 2007 in der vorliegenden Fassung wird beschlossen.“

8. Genehmigung über- bzw. außerplanmäßiger Ausgaben 2006

Nach Vortrag durch Kreisoberamtsrat Horst Hinrichs beschließt der Ausschuss einstimmig:

„Dem Kreistag wird empfohlen, folgende überplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 2006 zu genehmigen:

Haushaltsstelle 4050.678000
- Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitssuchende
95.000,00 €

Haushaltsstelle 4100.730400
- Pro-Active-Center (PACE)
275.000,00 €“

Ende der Sitzung: 17:35

Vechta, 14.12.06

Focke
Landrat

Beglaubigt

Verw.-Angestellte